



KEESA
Kampagne für
Entschuldung und
Entschädigung im
Südlichen Afrika

Rundschreiben 33 März 2025

- Lithium – Neokolonialismus und Klimaschutz
- Simbabwe: Bericht aus den Lithiumminen
- Massaker an Kleinschürfern in Südafrika
- Folgen des Glencore-Skandals in Kamerun
- Kupfer aus Sambia – Buchhinweis
- Besuch aus Südafrika
- Mosambik: Bundesrat soll handeln

Lithium – Neokolonialismus unter dem Deckmantel des Klimaschutzes

Die globale Energiewende basiert auf Technologien, für die riesige Mengen neuer Rohstoffe benötigt werden. Der Abbau dieser Rohstoffe erfolgt häufig in Ländern des Globalen Südens und unter menschenrechtlich, sozial und ökologisch unhaltbaren Bedingungen. Eine von der KEESA mitinitiierte Studie zeigt am Beispiel Simbawwes, wo der Lithiumabbau zu Umsiedlungen, Umweltzerstörung und sozialen Spannungen führt. Dabei werden neokoloniale Strukturen und ungleiche Machtverhältnisse zwischen dem Globalen Norden und Süden fortgesetzt.

Das silber-weiße Leichtmetall Lithium ist seit einigen Jahren einer der weltweit gefragtesten Rohstoffe. Als zentraler Bestandteil von Energiespeichern und elektronischen Geräten ist Lithium im Kontext der Energiewende und Digitalisierung zu einem politisch und wirtschaftlich strategischen Rohstoff geworden. Zwischen 2016 und 2022 hat sich die globale Nachfrage nach Lithium mehr als verdreifacht. Verschiedene öffentliche Stellen wie die International Energy Agency rechnen mit einem weiteren steilen Anstieg. Dies wegen des zunehmenden Bedarfs

an Lithium-Ionen-Batterien, welcher wiederum von der steigenden Nachfrage nach Elektrofahrzeugen (EVs) angetrieben wird. Der Übergang von diesel- und benzinbetriebenen Fahrzeugen hin zu Elektroautos ist ein zentrales Element der Energiewende und der Bekämpfung des Klimawandels – zumindest in den Vorstellungen der meisten westlichen Regierungen.

Eine Elektroautobatterie enthält im Schnitt 185 Kilogramm Metalle, davon etwa sechs Kilogramm Lithium; überdies Kobalt, Mangan, Grafit und



Lithium - weltweit gefragter Rohstoff

Bild: ZELA

Nickel. Viele dieser Rohstoffe werden weltweit abgebaut: Kobalt zum Grossteil in der Demokratischen Republik Kongo, Mangan in Südafrika, Nickel in Indonesien und Lithium hauptsächlich in Südamerika und Australien. Das Vorkommen zahlreicher Rohstoffe ist auf einzelne geografische Regionen konzentriert. Deshalb investieren Regierungen und transnationale Bergbau- und Rohstoffunternehmen gezielt in die Erschliessung neuer Regionen, um an die gefragten Bodenschätze zu gelangen und vom Boom zu profitieren, so auch in Simbabwe.



Chinesische Firmen erobern den Markt.

Bild: zVg

Simbabwe verfügt über die grössten Lithiumreserven Afrikas und die fünfgrössten der Welt. Bis vor wenigen Jahren war Lithium jedoch kaum von Interesse. Zwar wurde es seit den 1940er Jahren abgebaut, jedoch nur in der Bikita-Mine in der Provinz Masvingo. Dort wurde Lithium hauptsächlich für die Keramik- und Glasproduktion gefördert.

In den letzten Jahren erlebte Simbabwe einen regelrechten Lithiumboom, mit drastischen Folgen: Das Thema Rohstoff ist enorm politisiert, das Militär in den Abbau involviert und der Sektor fast gänzlich von China dominiert. 2022 wurde die Bikita-Mine an Sinomine verkauft, eines der weltweit grössten Bergbauunternehmen im Staatsbesitz Chinas. Die chinesischen Investoren brauchen das simbabwische Lithium für die Batterieproduktion in China und planen eine deutliche Ausweitung der Förderung. Laut eigenen Angaben investierte Sinomine bis 2023 über 300 Millionen US-Dollar in Bikita, unter anderem um die bestehenden Lithiumaufbereitungsanlagen zu erweitern und die Produktionskapazität zu steigern.

Bikita ist jedoch nur ein Beispiel für sehr hohe Investitionen in die Lithiumförderung in Simbabwe. Seit 2020 ist vor allem chinesisches Kapital in die Exploration, den Abbau und die Raffinierung von Lithium in Simbabwe geflossen. Darunter sind Unternehmen wie Zhejiang Huayou Cobalt Ltd, Sichuan Yahua Lithium Industry Technology und Shenzhen Chengxin Lithium Group Company – grosse Namen in der globalen Batterie-Wertschöpfungskette.

Auch die simbabwische Regierung sieht in der globalen Nachfrage nach Elektroautos eine wirtschaftliche Chance. Sie strebt eine höhere Wertschöpfung im Land an und hat deshalb den Export unverarbeiteter Rohstoffe untersagt. Die Firmen müssen Pläne vorweisen, wie sie die Rohmineralien weiterverarbeiten wollen. Das ehrgeizige Ziel ist die Produktion von Lithiumbatterien vor Ort. Davon ist das Land jedoch noch weit entfernt.

Vor Ort hat die Lithiumförderung schwerwiegende Auswirkungen auf lokale Gemeinschaften. Die von der KEESA mitherausgegebene Studie zeigt, wie es in den drei Minengebieten Buhera, Bikita und Mberengwa zu Konflikten, Vertreibungen und Menschenrechtsverletzungen gekommen ist. So wurden durch die sich ausbreitenden Lithiumminen Anwohner*innen umgesiedelt und dafür nur unzureichend entschädigt; oder sie verloren ihren Zugang zu wichtigen Ressourcen wie Weideland oder Wasser. Betroffene berichten vom Verlust ihrer Lebensgrundlagen, von Umweltverschmutzungen und verunreinigtem Trinkwasser sowie von permanenten Lärmimmissionen. Überdies gelten die Arbeitsbedingungen im Lithiumsektor als unfair und intransparent, mit niedrigen Löhnen und sexueller Ausbeutung.

Die Verantwortung für diese unhaltbaren Auswirkungen liegt einerseits bei der simbabwischen Regierung und den chinesischen Investoren. Aber nicht nur: In China hergestellte Batterien, Elektronikgeräte wie auch vermehrt auch E-Autos werden in Europa verkauft. Die NGO Zimbabwe Environmental Law Association (ZELA) hat dokumentiert, dass die in Simbabwe aktiven chinesischen Konzerne den Batterieproduzenten CATL, Autohersteller TESLA, BYD, BMW, Volkswagen und NIO und auch Elektronikproduzenten wie Panasonic und LG beliefern. In der Schweiz ist TESLA mit Abstand das meistverkaufte Auto der letzten Jahre, gefolgt von Volkswagen und BWM-Modellen. Zudem nimmt die Verwendung von Energiespeichern mit Lithium-Ionen-Batterien auch in der Schweiz zu, denn diese sind wichtig um das Stromnetz zu stabilisieren, welches durch Wärmepumpen, Photovoltaik und Windenergie Schwankungen ausgesetzt ist. Dazu sind die Batterien von CATL, des weltweit grössten Batterienherstellers

stark gefragt. Es ist deshalb davon auszugehen, dass simbabwisches Lithium auch bei Konsument*innen in der Schweiz landen. Aufgrund mangelnder Transparenz in den Lieferketten ist dies jedoch nicht einfach nachzuweisen.

Im Vergleich zu uns in der Schweiz profitieren die Menschen in Simbabwe nicht von diesen Technologien. Für sie ist der Zugang zu Strom keine Selbstverständlichkeit, ein Auto zu besitzen Luxus und ein Elektroauto zu fahren utopisch. Die steigende Nachfrage nach Rohstoffen, die unsere Technologien, unser Wirtschaftswachstum und unser Konsumverhalten im Globalen Norden ermöglichen, führt dazu, dass koloniale Strukturen und die Ausbeutung des rohstoffreichen Globalen Südens unter dem Deckmantel des Klimaschutzes konsequent fortgesetzt werden.



Aufgrund des Lithiumbooms bauen vermehrt Kleinschürfer*innen das Mineral ab.
Bild: ZELA



Forschungsbericht

Zusammen mit der simbabwischen NGO *Centre for Natural Resource Governance* (CNRG) hat die KEESA eine Studie zu den Auswirkungen des Lithiumabbaus in Simbabwe in Auftrag gegeben.

Der Schlussbericht dokumentiert die weitreichenden Folgen der Expansion des Lithiumsektors: Umsiedlungen, Umweltzerstörung, ungleiche Machtverhältnisse und Bereicherung. Der deutsche Bericht findet sich auf der [KEESA-Homepage](#).

Tagung

Die diesjährige Tagung der KEESA beschäftigt sich mit den Schattenseiten der Energiewende; der immensen Nachfrage nach Rohstoffen. Wie in diesem Rundschreiben ausgeführt, hat der Abbau der gesuchten Mineralien schwerwiegende soziale und ökologische Folgen im Globalen Süden.

An der KEESA-Tagung beleuchten wir den Lithiumabbau in Simbabwe und dessen Folgen. Was bedeutet der Lithiumboom für lokale Gemeinschaften? Wer profitiert, wer zahlt den Preis?

Aktivist*innen aus Simbabwe und Europa diskutieren, wie neokoloniale Strukturen in der Rohstoffgewinnung fortbestehen – und welche solidarischen Gegenstrategien es gibt.

Datum: 20. September 2025 in Basel.

Weitere Informationen folgen

Bericht aus den Lithiumminen. Ein Augenschein vor Ort

Die Mitarbeiterin einer Schweizer NGO, die anonym bleiben will, um lokale Partner*innen nicht zu gefährden, besuchte im April letzten Jahres zwei Lithiumminen in Begleitung von Mitarbeiter*innen der simbabwischen NGO CNRG (Centre for Natural Resource Governance). Nach ihrer Rückkehr in die Schweiz konnte die KEESA mit ihr sprechen.

Wie haben die Minen die Landschaft verändert?

Die Frage nach der Ausdehnung des Minengeländes kann ich nicht beantworten, weil wir nicht frei herumfahren konnten. Aufgefallen sind mir jedoch landschaftliche Eingriffe in Form von drei Meter tiefen Gräben, die sich wie Schützengräben quer an Häusern vorbei über Felder hinwegziehen und einen massiven Eingriff ins Leben der Menschen bedeutet. Menschen und Vieh ist der Zugang zu Wasser verwehrt, Häuser stürzen ein, Kinder müssen für den Schulweg grosse Umwege in Kauf nehmen.

Was ist die Funktion dieser Gräben?

Mir wurde gesagt, diese seien lediglich angelegt worden, um Menschen zu vertreiben. Die Gräben liegen weit von der eigentlichen Mine entfernt und würden anscheinend für den Minenbetrieb gar nicht benötigt.



Umgebettete Gräber

Bild: zvg

Du warst mit dem Team von CNRG unterwegs. Kannst du die Umstände deines Besuchs schildern?

CNRG ist sehr auf vertrauensvolle Beziehungen mit der lokalen Bevölkerung angewiesen. Meine Präsenz vor Ort musste sorgfältig begründet werden. Einer meiner Begleiter war Teil des Forschungsteams, das den Bericht verfasste. Er kannte einige der Leute, mit denen wir uns unterhielten. Wir versuchten uns möglichst unauffällig zu bewegen. So führten wir einen Teil der Gespräche während der Fahrt im Auto. Ein Mann, mit dem vorgängig telefonisch ein Treffen

vereinbart worden war, war zuerst nicht auffindbar. Erst als Abklärungen unsere Vertrauenswürdigkeit bestätigten, konnte das Gespräch stattfinden. Bei einem Treffen mit Betroffenen in einem ländlich gelegenen Haus wurde unser Fahrzeug so geparkt, dass es von der Strasse aus nicht sichtbar war.

Unser Forschungsbericht zeigt, dass Menschen wegen der Minen umgesiedelt wurden. Konntet ihr mit Betroffenen sprechen?

Eine nicht geplante Begegnung mit einem älteren Herrn hat mich sehr berührt. Wir fuhren mit ihm im Auto und er wollte unbedingt erzählen, was ihm widerfahren war. Er war Opfer einer subtilen Art von Vertreibung: Sein Haus stürzte aufgrund von Bauarbeiten der Mine ein. Nun wohnt er im Hinterzimmer eines Shops. Er hat sein Land und sein Haus verloren, ohne je eine Kompensation dafür erhalten zu haben. Niemand scheint sich dafür zu interessieren, was ihm widerfahren ist.

Auch hatten wir ein Gruppengespräch mit Leuten, die umgesiedelt wurden. Eine ältere Frau erzählte von der Aufhebung von Gräbern. Das sei für sie sehr schwer, da eines ihrer Kinder und ihr Mann dort begraben waren. Ihr liefen die Tränen herunter, als sie davon erzählte. Die Aufhebung der Gräber fand auf eine rücksichtslose Art und Weise statt.

Die gleiche Frau berichtete zudem, dass ihre 22-köpfige Familie jetzt in einem 5-Zimmer-Haus wohnt. Dies, weil die neuen Häuser nach Familien zugeteilt wurden, wobei die Grösse einer Familie nicht berücksichtigt wurde. Dabei umfasst ihre Familie mehrere Generationen. Das Leben in den derart beengten Räumlichkeiten sei schwierig und erlaube keine Privatsphäre, was auch kulturell problematisch sei.

Was ist dir sonst noch aufgefallen?

Dass viele Versprechungen seitens der Minengesellschaften nicht eingehalten wurden: So beklagten sich die befragten Personen, dass das als Kompensation versprochene Land und die Häuser kleiner seien als ursprünglich zugesagt. Es wurde uns auch gesagt, dass der Prozentsatz der lokal angestellten Arbeiter*innen viel kleiner sei als in Aussicht gestellt. Immer wieder würden sie Auswärtige antreffen, die Arbeiten verrichteten, die lokale Arbeiter*innen ebenso gut erledigen könnten.

Und noch etwas: Unsere Gesprächspartner*innen machten deutlich, dass sie dazu gedrängt worden seien, Verträge zu unterschreiben, deren Inhalt sie nicht verstanden. Ich erlebte dies auf eindrückliche Weise, als ich sie bat, mir ihre Einwilligung, dass ich sie fotografierte, schriftlich zu geben. Zwar wollten

sich die meisten nicht fotografieren lassen, aber einige gaben mir ihre mündliche Einwilligung dazu. Als sie jedoch unterschreiben sollten, zogen sie diese wieder zurück, weil sie so negative Erfahrungen mit dem Unterschreiben gemacht hatten.

Kannst du noch etwas zur Rolle des CNRG sagen, mit welchem du unterwegs warst?

CNRG will die betroffene Bevölkerung darin unter-

stützen, sich zu wehren, zu ihrem Recht zu kommen. Ich habe sie gefragt, wie das angesichts der Verhältnisse in Simbabwe überhaupt möglich sei. Sie weichen auf Workshops zum Arbeitsrecht aus, darüber kann man eher sprechen als über Menschenrechte. Aber ihre Arbeit wird immer wieder von der Polizei behindert. Eine meiner Begleiter*innen erzählte, dass sie auch schon einen Nachmittag auf einer Polizeistation hätte verbringen müssen.

Massaker an Kleinschürfern in Südafrika

Während Jahrzehnten haben Generationen von Arbeitern aus den Nachbarländern das Gold in den Minen Südafrikas gefördert. Jetzt sind viele dieser Minen stillgelegt und Tausende von Arbeitsplätzen aufgehoben, weil sich die Förderung für die Bergbauunternehmen nicht mehr lohnt. Die Minen enthalten aber immer noch Gold und ziehen viele Kleinschürfer aus den Nachbarländern an, die in den stillgelegten Minen, oft viele tausend Meter unter der Erde, nach Gold schürfen.

Um diesen Aktivitäten in Stilfontein ein Ende zu setzen, beschloss die Regierung die Mineure «auszuräuchern». Während drei Monaten versperrte sie die Zugänge, um zu verhindern, dass die im Untergrund Arbeitenden Medikamente, Wasser und Nahrung erhielten. Als lokale Aktivist*innen gegen dieses Vorgehen protestierten, sprachen Regierungsvertreter

von «ausländischen Kriminellen, die sich an südafrikanischem Eigentum bereicherten und kein Mitleid verdienen». Schliesslich wurden 78 Leichen geborgen und den Schächten entstiegen gegen 1800 vollständig ausgemerkelte Arbeiter, die sich kaum auf den Beinen halten konnten. Man geht davon aus, dass weitere Hunderte untermtags verhungerten oder durch Krankheiten und Unfälle ums Leben kamen. Das Stilfontein-Massaker und die fremdenfeindliche Rhetorik sind eine Schande für die Verantwortlichen in Südafrikas Regierung und Verwaltung. Ebenfalls zur Verantwortung gezogen werden müssten die ehemaligen Bergbauunternehmen, welche die Mine in Stilfontein und weitere 6'000 stillgelegte Minen ohne Rückbau zurückgelassen haben.

Eine ausführliche Analyse findet sich unter:
<https://globallabourcolumn.org/>

Politische Folgen des Glencore-Skandals in Kamerun

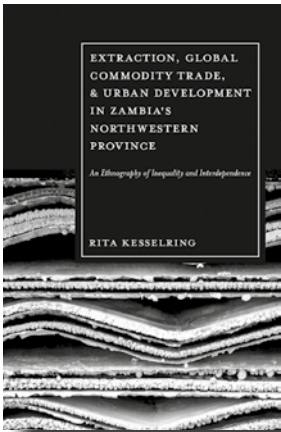
Wieder einmal musste sich ein Schweizer Grosskonzern in Grossbritannien wegen Korruptionsvorwürfen vor Gericht verantworten: Bereits 2022 bekannte sich eine Tochterfirma von Glencore UK in fünf afrikanischen Ländern, darunter Kamerun, der Bestechung schuldig. Das Unternehmen musste 280 Millionen Pfund Strafgeld bezahlen. Dabei ging es um Bestechungszahlungen von über 28 Millionen US-Dollar zwischen 2011 und 2016, um einen bevorzugten Zugang zu Öl zu sichern und unrechtmässige Gewinne zu erzielen. Im August 2024 verurteilte das britische Gericht den Milliardär und ehemaligen Chef des Ölgeschäfts von Glencore, Alex Beard. Mit ihm auf der Anklagebank sassen vier weitere ehemalige Mitarbeiter (Andrew Gibson, Paul Hopkirk, Ramon Labiaga und Martin Wakefield) wegen Korruptionsvergehen in Nigeria und Kamerun. Diese Bestechungen fanden zwischen 2007 und 2014 statt.

Mitte September 2024 gab die kamerunische Nati-

onal Society of Hydrocarbons (SNH) nach anfänglichem Leugnen zu, dass ehemalige Mitarbeiter in den Skandal verwickelt gewesen seien und vor einem britischen Gericht erscheinen würden. Trotz der Eingeständnisse von Glencore im Jahr 2022 wurde in Kamerun bis heute kein Verfahren gegen lokale Akteure eröffnet, obwohl bekannt ist, dass die SNH Bestechungsgelder angenommen hat. Viele der Verantwortlichen bekleiden weiterhin hohe Positionen, und es gibt Spekulationen, dass Präsident Paul Biya, der 2025 eine Wiederwahl anstrebt, von den Vorgängen wusste oder sie sogar genehmigt haben könnte, da Glencore Zugang zu Öl zu ungewöhnlich niedrigen Preisen erhielt.

Ähnliches muss für Glencore gelten: Es ist schwer vorstellbar, dass der Mutterkonzern in der Schweiz nichts von den Tätigkeiten seiner Tochter in Grossbritannien wusste: Im Prozess 2022 wurde festgehalten, dass «Bestechung eindeutig Teil der Kultur war».

Kupfer aus Sambia – Akteure, Wertschöpfung, Rohstoffhandel



Das Buch *Extraction, Global Commodity Trade and Urban Development in Zambia's Northwestern Province: An Ethnography of Inequality and Interdependence* der Ethnologin Rita Kesselring ist eine ethnografische Studie über die miteinander verknüpften Entwicklungspfade von Solwezi, einer Kupferminenstadt in Sambia, und Zug, Zentrum für Rohstoffhandel in der Schweiz. Es zeigt auf, wie der globale Kapitalismus asymmetrische, gegenseitig Abhängigkeiten schafft.

Die Arbeit entstand im Rahmen des Projekts *Value-works: Effects of Financialization along the Copper Value Chain*. Darin arbeiteten Forschende und Vertreter*innen von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Sambia und der Schweiz (u.a die KEESA) zusammen. [Weitere Informationen hier](#).

Im Buch erkundet Kesselring das Leben und die Routinen von Staatsbeamt*innen, Anwohner*innen, Minenmanagern und Minenarbeitern in Solwezi. Von dort aus folgt sie dem Weg des Kupfers über das Transportwesen, die Finanzierung und den Rohstoffhandel. Sie beleuchtet die wichtigsten Akteure dieser Wertschöpfungskette und zeigt die zentrale Rolle auf, die Schweizer Konzerne im Bergbau- und Logistiksektor im südlichen Afrika spielen. Aber auch die zentrale Rolle der Schweiz als führende Drehscheibe für den Handel mit Metallen und Dienstleistungen.

Am Ende skizziert die Autorin einen möglichen Weg, wie durch gemeinsames, solidarisches Handeln zwischen so unterschiedlichen, aber inhärent voneinander abhängigen Orten die Welt zu gerechteren Nord-Süd-Beziehungen gelangen könnte.

[Das Buch ist kostenlos als E-Book auf der Website des Verlags Bloomsbury erhältlich.](#)

Buchvernissage: 26. März, 17.00h, St. Gallen/Universität: Arena 11-2091 (Kann auch auf Zoom verfolgt werden: ID: 618 1377 1970 / Passwort: EthnoTalks)

Mosambik – manipulierte Wahlen: Bundesrat soll handeln

Nach den Wahlen vom 9. Oktober in Mosambik, die zugunsten der Regierungspartei Frelimo manipulierten wurden, kam es überall im Land zu heftigen Protesten. Vor allem junge Menschen gingen auf die Strasse und gaben ihrem Unmut über die seit der Unabhängigkeit regierende Frelimo Ausdruck. Trotz massiver Polizeigewalt liessen die Proteste nicht nach und Mosambik drohte im Chaos zu versinken. In einem Schreiben forderte die KEESA zusammen mit dem Afrika-Komitee, fepa und SOLIFONDS sowie 61 Persönlichkeiten Bundesrat Ignazio Cassis auf, sich für die Aufnahme von Verhandlungen mit der Opposition und eine Beendigung der Repression einzusetzen. Der Brief erinnerte Bundesrat Cassis an den Skandal der «versteckten Schulden», die illegalen Kredite der Credit Suisse an Mosambik, welche die Schweiz für die derzeitige desolate Lage der Bevölkerung mitverantwortlich machten. Allein der Bundesrat sah keinen dringlichen Handlungsbedarf.

Besuch aus Südafrika

Am 13. Februar sprach der südafrikanische Industriesoziologe Mondli Hlatshwayo auf Einladung der KEESA am Zentrum für Afrikastudien der Universität Basel. Er analysierte die Regierung der Nationalen Einheit, die Koalition aus ANC (African National Congress) und DA (Democratic Alliance) sowie einigen kleinen Parteien, die seit den Wahlen vom Juni 2024 in Südafrika regiert. Hlatshwayo argumentierte, dass mit dem Einbezug der DA, der Partei der Minenbosse und des weissen Kapitals, Südafrika definitiv eine neoliberale Politik verfolgt, wie das Budget für 2025 zeige: Grosse Kürzungen in den Bereichen, Erziehung, Gesundheit und Soziales mit massiven Auswirkungen auf das Leben der Armen und der Jungen. Er verurteilte das Menschen verachtende Vorgehen der Regierung gegen die in verlassenem Minen eingeschlossenen migrantischen Arbeiter in Stilfontein. Dabei beklagte er den Niedergang der Gewerkschaften und die beunruhigende Fremdenfeindlichkeit gegen Migrant*innen aus den Nachbarländern.



Mitarbeit an diesem Rundschreiben:

Aurora García, Anna-Sophie Hobi, Daniela Lilja, Rita Kesselring, Barbara Müller, Urs Sekinger

KEESA, Postfach 195, 4005 Basel
info@keesa.ch | www.keesa.ch

Auch wenn die Arbeit der KEESA grösstenteils ehrenamtlich geleistet wird, ist die KEESA immer auf finanzielle Unterstützung angewiesen!

**PC 30-494115-9
IBAN CH82 0900 0000 3049 4115 9**